

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschl. Postbestellgebühren. Für Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. Mai 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 61

Die Steuerpflicht der Gewerkschaften

Aber die Frage, ob die Gewerkschaften der Steuerpflicht unterliegen, herrscht bei den Gau-, Bezirks- und Ortsvorständen sowohl als auch in den Kreisen der Mitglieder noch nicht die wünschenswerte Klarheit, wie vielfache Anfragen beweisen. Obwohl die in Frage kommenden Steuererlasse klare Bestimmungen enthalten, welche die Steuerpflicht ausschließen, ist die Befreiung nicht ohne weiteres gegeben. Sie muß vielmehr in jedem Falle bei dem zuständigen Finanzamt erwirkt werden.

Das Gesetz über das Reichsnotenlosgesetz im § 5 Ziffer 7 ausdrücklich, das „... wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist“, abgabefrei sind.

Eine ähnliche Bestimmung enthält auch das Körperschaftsteuergesetz vom 30. März 1920. Nach § 2 Ziffer 7 sind von dieser Steuer befreit: „... wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.“

Auch das Kapitalertragsteuergesetz vom 29. März 1920 bestimmt im § 3 Absatz 1 Ziffer 2c, daß von der Steuer befreit sind die Kapitalerträge, welche zuzurechnen: „... Berufsverbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.“

Die übrigen Steuererlasse dürfen nicht in Frage kommen. Nach einem Rundschreiben des Vorstandes des ADDB ist wohl in einigen Fällen versucht worden, Gewerkschaften zur Umsatzsteuer heranzuziehen. Nach Rücksprache und Darlegung des Charakters der Organisation nahmen die Steuerbehörden ohne weiteres von einer Veranlagung Abstand. Das bezieht sich jedoch nicht auf die Einnahmen aus etwaigen wirtschaftlichen Betrieben der Gewerkschaften. So sind a. B. die Einnahmen des „Storr.“ aus Abonnementgebern umsatzsteuerpflichtig und die aus Anzeigen unterliegen den höheren Sätzen der Anzeigensteuer.

Am 16. November 1920 wurde unser Verband vom Finanzamt I Berlin zur Abgabe einer Steuererklärung über die Veranlagung zum Reichsnotenlosgesetz aufgefordert. Der Aufforderung wurde entprochen, gleichzeitig aber auch der eingehend begründete Antrag auf Befreiung gestellt. Bis zur Stunde ist eine Antwort nicht erfolgt. Da aber dasselbe Finanzamt bereits am 2. September 1920 einem Einspruch des Verbandes der Gastwirtschaftsgehilfen gegen die bereits erfolgte Veranlagung entprochen und die Befreiung ausgesprochen hat, dürfte für uns mit einem ähnlichen Entschiede zu rechnen sein.

Zur Abgabe der Steuererklärung zum Zwecke der ersten Veranlagung zur Körperschaftsteuer erging Anfang Mai 1921 eine öffentliche Aufforderung. Das Körperschaftsteuergesetz regelt die Besteuerung des Einkommens der nicht natürlichen Personen; mit andern Worten, diese Steuer ist die Einkommensteuer der Personenvereinigungen. Wer die Befreiung von der Steuer und der Steuererklärungspflicht in Anspruch nimmt, hat dies dem Finanzamt unter Vorlegung der Gründe anzuzeigen. Letzteres ist unsererseits geschehen.

Großes Interesse bekunden unsere Gau-, Bezirks- und Ortskassierer für die Kapitalertragsteuer. Aus vielen Anfragen geht hervor, daß über diese Steuer in unsern Kreisen noch keine Klarheit herrscht und die Auslegung und Anwendung des Gesetzes seitens der einzelnen Finanzämter im Reiche keine einheitliche ist. Die oben wieder-gegebene Befreiungsbestimmung des § 3 Absatz 1 Ziffer 2c erhält leider eine wesentliche Einschränkung durch den Absatz 2 deselben Paragraphen: „Die Befreiungsvorschrift nach Absatz 1 Nr. 1., und 7 gilt nur für Erträge aus solchen Kapitalanlagen, die sich vor dem 1. Oktober 1919 im Besitze der genannten Anstalten befinden haben.“ Dadurch wird für die meisten Orts- und Bezirksvereine die Befreiung vollständig, für die Gauen und auch für die Verbandskassen zu einem wesentlichen Teile wieder beseitigt.

Das Finanzamt I Berlin hat den § 3 Ziffer 2c des Kapitalertragsteuergesetzes anfänglich in einem Sinne ausgelegt, der Befreienden erregen mußte und den Vorstand des ADDB zu Gegenmaßnahmen veranlaßte. In einem dem Verbandsrat der Sattler und Porzellaner unter dem 5. Mai 1920 erteilten Bescheide wurde die beantragte Befreiung von der Kapitalertragsteuer abgelehnt, weil der Verband nach seinen Satzungen vornehmlich wirtschaft-

lichen Zwecken seiner Mitglieder diene. Der in Frage kommende § 2a und b der Satzungen des erwähnten Verbandes lautet:

Der Verband hat den Zweck, die geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

- a) Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung.
- b) Unterstützung solcher Mitglieder, welche wegen ihrer Tätigkeit für den Verband infolge von Maßregelung oder Aussperrung arbeitslos werden.

Während also das Gesetz bestimmt, daß der Zweck des Berufsverbandes auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet sein muß, wenn die Steuerpflicht vorliegen soll, ging das Finanzamt I weit darüber hinaus und hielt die Steuerpflicht schon gegeben, wenn der Verein „wirtschaftlichen Zwecken seiner Mitglieder diene“. Letzteres ist Aufgabe aller Gewerkschaften und da diese in der Mehrzahl in Berlin ihren Sitz haben, würde dieser Entscheid für die meisten Organisationsen die nach § 3 Abs. 2 verbliebene teilweise Befreiung auch noch beseitigt haben. Der Reichsfinanzminister verwies in seinen Antworten auf verschiedene Eingaben, die der Vorstand des ADDB in dieser Angelegenheit an ihn richtete, auf den Rechtsmittelzug (Anrufung des Finanzgerichts usw.).

Später hat dann das Finanzamt I seinen Standpunkt geändert. Da wir auf unser gleich nach Inkrafttreten des Kapitalertragsteuergesetzes (1. April 1920) gestellten Befreiungsantrag keine Antwort erhielten, erneuerten wir ihn am 13. Dezember 1920. Die vorstehend geschilderte eigenartige Auffassung des Finanzamts I war uns hauptsächlich bekannt geworden und wir legten deshalb gehörigen Nachdruck auf den Nachweis, daß unser Verband wirtschaftlichen Zwecken nicht betreibt, er in Erfüllung seiner Aufgaben vielmehr in herausragender Maße gemeinnütziger Zwecke diene. Wir beantragten Steuerbefreiung und Rücküberzahlung der bisher von den Banken einbehaltenen und an die zuständigen Finanzämter abgeführten Beträge. Bereits unter dem 21. Dezember 1921 erhielten wir den Bescheid, daß unser Befreiungsantrag innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Grenzen fallgegenwendig sei. Die Rückzahlung soll erfolgen nach Beibringung verschiedener Unterlagen. Nachdem diese beschafft und im Interesse unserer Hypothekenschuldner eine weitere Verrechnung bezüglich der Abführung der Steuerbeträge beantragt worden war, erhielten wir nachstehenden entgeltlichen

Feststellungsbescheid:

Es wird festgestellt, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker als Berufsverband gemäß § 3 Abs. 1 Ziffer 2c des Kapitalertragsteuergesetzes vom 29. März 1920 („Reichsgesetzblatt“ S. 345) von der Kapitalertragsteuer befreit ist.

Die Befreiung beschränkt sich auf die Kapitalerträge aus den vor dem 1. Oktober erworbenen Kapitalanlagen und fällt fort, wenn nach dem 1. Oktober 1919 eine Zinserhöhung vorgenommen wird.

Diese Feststellung hat fallgegenwendig auf Grund von Satzungen.

Die Durchführung erfolgt im Wege der Erstattung. Der Schuldner ist daher verpflichtet, die Kapitalertragsteuer zu entrichten. Die Erstattung erfolgt auf Antrag.

Den einzelnen Erstattungsanträgen sind unter näherer Bezeichnung der Beweismittel für die jeweilige Entrichtung der Kapitalertragsteuer beizufügen, gleichzeitig ist anzugeben, ob seit Erteilung dieses Bescheides eine Änderung in den rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen, auf denen er beruht, eingetreten ist.

Dem Verbandsrat der Deutschen Buchdrucker wird die Ermächtigung erteilt, den Schuldnern der im § 2 Nr. 1, 4, 5 bezeichneten Art (Hypothekenzinsen) mitzuteilen, daß diese Kapitalzinsen steuerfrei sind und daher unverkürzt auszusahlen sind. Diese Ermächtigung ist jederzeit widerruflich und gilt nur, wenn die betreffende Kapitalanlage vor dem 1. Oktober 1919 erworben und wenn nicht nach dem 1. Oktober 1919 eine Zinserhöhung vorgenommen ist.

Berlin, 17. März 1921.
Zentralfinanzamt (I) Abt. 3
des
I. B. Poensgen.

Nicht befreit sind die Zinserträge aus unsern Bank-einlagen. Das Beschlageschreiben gibt dafür folgende Begründung:

Eine Erstattung der auf Kontokorrentguthaben entfallenden Kapitalertragsteuer wird abgelehnt. Wie auch der Reichsminister der Finanzen in einem Erlaß vom 3. Februar 1921 — III 3533 — erklärt hat, verliert ein laufendes Guthaben mit der ersten nach dem 1. Oktober 1919 vorgenommenen Geldierung die Eigenhaft einer vor dem 1. Oktober 1919 erworbenen Kapitalanlage, da mit dem Vortrag auf neue Rechnung eine neue Forderung als begründet, anzusehen ist. Da nun am 31. Dezember 1919 bei Ihrem Konto ein Vortrag auf neue Rechnung festgelegt hat, so kann eine Erstattung nach diesem Termin nicht in Frage kommen.

Die Anfragen der Gau- und Bezirkskassierer enthalten vielfach den Wunsch, der Verbandsvorstand oder der Vorstand des ADDB, sollen generell die Befreiung erwirken. Ein solches Beginnen wäre ausschließlos. Das muß jeder Kassierer bei seinem zuständigen Finanzamt selbst besorgen. Unter Hinweis auf den vorstehend abgedruckten Entscheid des Zentralfinanzamts (I) Berlin dürften Schwierigkeiten kaum gemacht werden. Verschiedentlich haben Finanzämter nach persönlichem Vorstellwerden bereits die Befreiung ausgesprochen.

Die Beschränkungen, welche das Gesetz der Befreiung zieht, sind recht bedauerlich und in Anbetracht des Zweckes, welchem die Kapitalanlagen der Gewerkschaften zu dienen haben, ungerechtfertigt. Diese Beschränkungen werden im Laufe der Jahre dazu führen, daß die Befreiung überhaupt ausfällt.

Bei der Geldnot des Reiches eine Änderung des § 3 Absatz 2 des Kapitalertragsteuergesetzes zu erreichen, dürfte zwar nicht leicht sein, immerhin müßten Schritte dazu unternommen werden.

Beil.: S. Schweinitz.

Gewerkschaftsrevue

Die für unser gesamtes Wirtschaftsleben hochbedeutenden politischen Vorgänge der jüngsten Zeit fordern auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus eine zusammenfassende Betrachtung. Am 10. Mai hat der Reichstag mit 221 gegen 175 Stimmen die neugebildete Regierung ermächtigt, das Londoner Ultimatum der Siegerkassen anzunehmen. Am das drohende Geheiß des Hungers und der Verelendung breiter Volksmassen abzuwehren, blieb Deutschland kein anderer Weg offen. Es würde allerdings ein langer und schwerer Leidensweg werden, wenn wir ihn bis zu Ende gehen müßten. Doch sei dem, wie ihm wolle; vorerst wird sich das deutsche Volk in allen seinen Schichten darauf einzustellen haben, daß die harten Bedingungen des Entente-Ultimatums so gut wie möglich erfüllt werden.

Ob die daraus entstehenden Konsequenzen für die Arbeiterklasse gezogen werden, sei der Neubildung der neuen Reichsregierung gedacht — eine schwere Kompromißgeburt. Die bürgerliche Regierung, die seit Juli 1920 am Ruder war, verharrete nach dem mißglückten Verständigungsversuch mit den Ententemachhabern über das, was Deutschland auf Grund des Versailler Friedensvertrages leisten sollte, in ziemlichster Unentschlossenheit und Ratlosigkeit. Angesichts der Drohung der Entente mit der Befreiung des Ruhrreviers und der zu befürchtenden Abspaltung des obersteilischen Industriegebietes erlichte das Kabinett Februhard-Simons einzig und allein in Amerika den Retter aus der Not. Dieses sollte verfluchen, das drohende Unheil von Deutschland abzuwenden. Aber auch diese Fölsung ward bekanntlich gar bald zunichte. Am 5. Mai kam dann das Ultimatum der Entente, und in wenigen Tagen mußte die folgenschwere Entscheidung über seine Annahme oder Ablehnung fallen. Was nun folgte, war das Werk weniger Tage. Die alte Regierung fühlte sich außerstande, die Konsequenzen eines so weittragenden Schrittes nach der einen oder der andern Richtung auf sich zu nehmen, zumal auch unter der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages die Meinungen über das Für oder Gegen geteilt waren. Es begann das grobe Räffelrath über den Weg aus dem Solde, insbesondere aber über die Zusammensetzung der neuen Regierung. Erst kurz vor Ablauf des Ultimatums gelang die Regierungsbildung unter ferkam außenpolitischen Drucke, Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten sprangen in die Bresche. Die letzteren suchten auch die Unabhängigen zum Mittritt in die Regierung zu bewegen, und wenn auch ein greifbares Resultat diesmal leider noch nicht zu erzielen war, so wird doch die Not der Zeit das Nötige

ten, eine größere Geschlossenheit der beiden sozialistischen Arbeiterparteien herbeizuführen. Jedenfalls muß auf ihrer Seite alles vermieden werden, was der wirtschaftlichen und politischen Reaktion zu einem billigen „Ruhm“ verhelfen könnte. Der Streit über Parteikontrine und parteiaktuelle Fragen hängt vielen Arbeitern nachgerade zum Hals heraus. Alle schönen Parteiprogramme machen keinen Eindruck mehr auf die Arbeiterklasse, wenn keine praktischen Erfolge für sie erzielt werden. Und das meinen wir, daß entschieden mehr zu erzielen wäre, wenn Vertreter der Arbeiterklasse in der Reichsregierung sitzen, als wenn sie nur neugierig und polternd neben oder hinter dem Regierungsschatten einherloteln. Bei einer aktiveren Ausübung der Regierungsgewalt durch Vertreter der Arbeiterklasse läßt sich zweifellos mehr schaffen, als wenn diese der Regierung fernsitzend und nur auf das angewiesen ist, was zur öffentlichen Kenntnis gelangt. Manche reaktionäre Maßnahme gegen die Arbeiterbewegung läßt sich durch richtige Männer an rechten Orten weit leichter und gründlicher vereiteln als durch den Aufwand großer Worte in Verammlungen, in schwülstigen Resolutionen oder in der Presse. Worte mögen gut sein, aber Taten sind besser. Und Taten erwartet die erwerbsfähige Bevölkerung in diesen hochkritischen Zeiten von den maßgebenden politischen Arbeiterparteien, wenn deren Politik nicht der Rücksichtselbstsuche anheimfallen soll. Am besten wäre es, wenn die Gewerkschaften selbst in der Regierung ihrer Bedeutung entsprechend vertreten wären, denn sie repräsentieren heute fast ausschließlich die deutsche Arbeiterklasse, und lediglich auf gewerkschaftlichem Boden ist eine Einheitsfront noch denkbar. Eine Einheitsfront zur Abwehr aller volkseindlichen Bestrebungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.

Unter der Ära der verflochtenen Regierung hat sich der Kurs der Reaktion in Deutschland wieder in bedenklich aufsteigender Linie entwickelt. Auf allen Gebieten sind Rückschläge in sozialer Hinsicht abzuzeichnen. Sogar Verbote gegen das Streikpostensystem sind wieder in Übung. Stillsitz- und andre Behörden erlassen in Form „einfachwilliger Verfügungen“ ihre Urteile, die auf eine Ausherrschung der verfassungsmäßig garantierten Sozialistensfreiheit hinauslaufen. Wie die Wägen nach einem Gewitterregen, so schleichen sich, gewissermaßen als Hinterlassenschaft der bürgerlichen Regierung, Gesetze aus der Erde, denen die Arbeiterklasse mit starkem Mißtrauen begangen muß, weil darin Fußangeln verborgen liegen, die der Arbeiterbewegung gefährlich werden können. Es sei in dieser Beziehung nur an die famose Schlichtungsordnung erinnert, die auf eine Unterbindung des Sozialistensrechts abzielt, und ferner an das neue Arbeitsarbeitsgesetz, zu dem allerdings erst ein Vorentwurf vorliegt. In besonderer Nähe rückt sich der Widerstand der Unternehmer gegen den gesetzlich festgelegten Achtstundentag, dieser wertvollsten Errungenschaft für die Arbeiterklasse. Zahlreich sind die von Unternehmerseite gemachten Versuche, beim Abschluß des Tarifvertrages, oder durch sonstige herrliche Bestimmung die achtstündige Arbeitszeit zu durchlöchern bzw. außer Kraft zu setzen. Obendrein künftighin, begünstigt durch starke Arbeitslosigkeit in fast allen Industriezweigen, Bestrebungen auf Lohnabbau in einer Höhe und in einem Umlange, die in irrassem Gegensatz stehen zu den erzielten Unternehmererträgen und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse. Erst vor kurzem war in dünnen Worten in der „Deutschen Arbeitsbeziehung“ zu lesen, daß die Löhne abgebaut werden müßten, damit die Auszubildenden an die Entente getragen werden könne. Weil sich die Vertreter der Arbeiter und diese selbst der Unternehmerwillkür leichtbegreiflicherweise entziehen widersehen, laugt auch der beste Tarifvertrag in den Augen des Unternehmers nichts mehr. Darauf ist es nicht zuletzt zurückzuführen, wenn neuerdings von koalierteren Unternehmern ein Kampf gegen das gesamte Tarifvertragswesen auf breiter Front angekündigt wird. Das Scheitern der zentralen Lohnverhandlungen, worüber aus verschiedenen Gewerben in jüngster Zeit übereinstimmend in der Gewerkschaftspreßel gemeldet wurde, bildet eine symptomatische Begleiterscheinung für die Abneigung in Unternehmerkreisen gegen den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge. Wenn man sich all diese Momente vor Augen hält und berücksichtigt, dann, was zu geschehen hat, um nach Annahme des Londoner Minimums mit seinen tief einschneidenden Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben das Schlimmste von der Arbeiterklasse abzuwenden, so müßte sich jeder einzelne Arbeiter unbeschadet seiner politischen Parteilichkeit über das gemeinsam zu erstrebende Ziel vollkommen klar sein. Dieses Ziel besteht darin, unter Führung der Gewerkschaften die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse dahingehend zu beeinflussen, daß nicht nur die werktätige Bevölkerung die Sünden der Kriegsheber tragen muß. In diesen hochkritischen Zeiten dürfen sich die Gewerkschaften nicht beseitigen lassen, sondern sie müssen sich auf wirtschaftlichem Gebiete durchzusetzen suchen als mitbestimmende Helfer beim Wiederaufbau bzw. Umbau des deutschen Wirtschaftslebens. Die im März d. J. vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an die Reichsregierung gerichteten zehn Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (abgedruckt in Nr. 28 des „Forts.“) müssen die Grundlagen bilden. Deutschland ist nicht machtlos, solange es sich auf eine starke Gewerkschaftsbewegung zu stützen vermag. Hier liegen die eigentlichen Wurzeln unter nationaler Kraft!

Die Errichtung eines Gewerkschaftsministeriums zur Einleitung einer gründlichen Reform des gesamten Wirtschaftslebens wäre unter den heftigen Zeitverhältnissen das Gegebene. Ein solches Ministerium hätte vornehmlich die meiste Aussicht zur Mobilisierung aller organischen und schöpferischen Kräfte des Volkes und zur Schaffung einer tragfähigen Mehrheit im Parlament.

Einen greifbaren Erfolg in der Frage der von der Entente geforderten Wiedergutmachung können die Gewerkschaften bereits mit Genugtuung verzeichnen. Nach dem Scheitern der Londoner Verhandlungen traten bekanntlich die Vertreter der internationalen Gewerkschaften in Amsterdam zusammen, um eine Basis für die praktische Lösung der Reparationsfrage zu schaffen. Sie betonten bei dieser Gelegenheit, daß angesichts der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen, aus dem durch den Krieg entstandenen Chaos herauszukommen, die internationale Solidarität der Arbeiter eingeleitet werden müsse, um das Problem einer Lösung zuzuführen, und daß die Gewerkschaften ihre Macht ausbilden sollten, um ihre Regierungen zu Verhandlungen und zur Verständigung zu bringen. Die Lösung selbst müsse in einem freundschaftlichen Zusammenwirken der Völker gesucht werden und auf den baldigen Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Provinzen sowie auf die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft durch gegenseitige Hilfe abzielen. Soweit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frage kommt, ist ein großzügiger Plan vereinbart worden. Am 21. Mal wurde gelegentlich einer Besprechung im Wiederaufbauministerium in Berlin, an der Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände teilnahmen, festgestellt, daß sich der französische Minister Loucheur mit der Zustimmung eines der zerstörten Gebiete Frankreichs zum Wiederaufbau durch deutsche Arbeitskräfte endlich einverstanden erklärt hat. Die Tatsache, daß die französische Regierung ihren bisherigen grundsätzlichen Widerstand gegen die Verwendung von deutschen Arbeitskräften an Ort und Stelle aufgegeben hat, kann als ein Sieg der Vernunft bezeichnet werden, der zweifellos auf die Einwirkung der gewerkschaftlichen Internationale zurückzuführen ist. Zunächst sollen 25000 Dauerhäuser errichtet werden, und in dem zum Wiederaufbau übermiesenen Gebiete sollen die erforderlichen Holz-, Eisen- und Aufstellungsarbeiten durch deutsche Arbeiter unter der Kontrolle der Gewerkschaften ausgeführt werden. Im Interesse der so notwendigen Völkerverständigung ist es zu begründen, daß durch die aufbauende Arbeit deutscher Hände wenigstens ein Teil der Spuren der grauenhaften Verwüstungen des unglücklichen Weltkrieges in absehbarer Zeit beseitigt wird. Nur wer sie mit eigenen Augen gesehen, kann sich eine richtige Vorstellung davon machen. Die deutschen freien Gewerkschaften werden sich der gewaltigen und schwierigen Organisationsaufgabe, die ihnen bevorsteht, sicherlich gewachsen zeigen.

In ebenso entschlossener Weise gilt es konsequent zu verfahren beim „Wu- und Umbau“ unseres heimischen Wirtschaftslebens. Nicht aus Rücksicht auf irgendwelche Spekulationen privatkapitalistischer Unternehmer, sondern im Interesse der Arbeiterklasse müssen durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Volkswirtschaft unter dem Druck des Ententekapitalismus nicht zusammenbrechen zu lassen. Um das zu verhindern, muß an die Stelle des rücksichtslosigen Profitinteresses des Unternehmers, der „Verbrechergeheimnis“ des „Opferberufes“ für die bedrückte Volksgemeinschaft treten, der Geist des wahren Sozialismus. Auf diese Weise wird eine gewaltige Steigerung der Produktivkraft des deutschen Volkes erreicht werden, die uns nur allein aus dem durch das Ententezialverhältnis verursachten wirtschaftlichen Elend herausführen kann. Ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter darf nicht annehmen, daß sich der Wert einer Gewerkschaft darin erschöpft, als Tarifautomat dem einzelnen Mitgliede eine Lohnerhöhung zu verschaffen. Er muß vielmehr dazu erzoget werden, sich des unzählbaren Zusammenhangs zwischen seiner eigenen Existenz und der Gestaltung des Wirtschaftslebens bewußt zu bleiben und in den Gewerkschaften die Träger dieses Wirtschaftslebens zu erblicken. Der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens in dem hier angeedeuteten höheren Sinne muß zum Fundamente unserer Gewerkschaftsarbeit werden. Wogegen sich die deutschen Arbeiter in erster Linie zu wehren haben, das ist nicht bloß der Krieg mit andern Mitteln gegen sie, sondern der Kampf des Imperialismus und des erstarkenden Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Durch Irreführung und Aufschüchtlung der niedrigen Instanzen der Völker verliert das von der Entente-politikern repräsentierte, untereinander völlig einigte internationale Kapital den Gipfelpunkt seiner Macht zu erblicken.

Wie lange Deutschland das ihm auferlegte Schicksal noch tragen muß, das hängt im wesentlichen mit davon ab, ob und inwieweit es unsern Arbeitsbrüdern in den Ententestaaten gelingt, der Stimme der Vernunft Gehör zu verschaffen bei ihren politischen Machhabern. Wir gehören nicht zu denen, die in dieser Beziehung auf die Hilfe der Arbeiterorganisationen des Auslandes übertriebene Hoffnungen setzen, aber schließlich treibt die gleiche wirtschaftliche Not in allen Industriezweigen, verbunden mit einer religiösen Arbeitslosigkeit, die Arbeiter dieser Länder doch in gleicher Richtung vorwärts. Gegenwärtig allerdings sind die deutschen Arbeiter in der Hauptsache noch auf sich selbst angewiesen. Sie befinden sich in einer ähnlichen Lage, wie sie der große Philosoph Johann Gottlieb Fichte vor mehr als einem Jahrhundert kennzeichnete, als er in seinen „Reden an die deutsche Nation“ dem damals ebenso schwer bedrängten deutschen Volke den Weg zur inneren Selbsterlösung wies: „Seht leben wir da, rein, leer, ausgezogen von allen fremden Hüllen und Umhängen, bloß als das, was wir selbst sind. Seht muß es sich zeigen, was dieses Selbst ist oder nicht ist. . . Es läßt sich der strenge Beweis führen, daß kein Mensch und kein Volk und keins von allen im Gebiete der Möglichkeit liegenden Ereignissen uns helfen kann, sondern daß allein wir selber uns helfen müssen, falls uns gehoben werden soll durch ein ganz neues, bisher noch niemals ge-

brauchtes Mittel, vermittels der Erschaffung einer ganz neuen Ordnung der Dinge.“ Seinen Grundgedanken darüber prägte der als Sohn eines armen Webers aus dem „niedersten Volke“ hervorgegangene Denker folgendermaßen aus: „Wir wollen durch die neue Erziehung die Deutschen zu einer Weltanschauung bilden, die in allen ihren Gliedern getrieben und belebt ist durch dieselbe eine Angelegenheit.“ Diesem allgemeinmenschlichen Erziehungsprinzip zur wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung unseres heutigen Staatswesens streben auf ihre Art auch die freien Gewerkschaften zu, und keine Macht der Erde vermag sie daran zu hindern, wenn Einheitsfront, Geschlossenheit und Disziplin, diese drei Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung, unverfehrt erhalten bleiben!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Fraustadt. Inre hiesige kleine Mitgliederzahl kann nunmehr auf ein fast anderthalbfähriges Bestehen seit ihrer Neubegründung zurückblicken. Sie hält regelmäßig ihre Monatsversammlungen ab und steht in engler Verbindung mit Glogau bzw. Breslau (früher mit Posen). Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse können als geregelt angesehen werden, nur gab es für hier noch nie einen Lokalzuschlag, was ja nun demnach mit 5 Proz. festgestellt werden wird. Die Entlohnung steht auch hier keineswegs im Verhältnisse zu den horrenden Lebensmittelpreisen und Bekleidungspreisen. Zwei zu Ostern ausgetretene Lehrlinge konnten in den Verband aufgenommen werden, desgleichen zwei Lehrlinge in die Lehrhilfsabteilung. Am 8. Mai vereinigten sich die Glogauer und Fraustädter Kollegen zu einem gemeinsamen Ausfluge nach dem Glogauer Stadtfeste, der in allen Teilen einen schönen Verlauf nahm.

Dresden. (Verammlung vom 11. Mai.) Bei der Beratung der Tagesordnung für den Goutag wandte sich ein Kollege gegen den Antrag Grobenain, der vom Gau finanzielle Unterstützung der Lehrhilfsabteilungen kleiner Orte verlangt. Verschiedene Redner traten ihm jedoch entgegen. Zu dem Antrage Siffau auf vollständige Trennung der Verwaltung des Gaus und des Dresdner Ortsvereins konnte die Verammlung nicht endgültig Stellung nehmen, weil die Begründung des Antrags erst auf dem Goutag erfolgen wird. Unter „Verbandsangelegenheiten“ kam auch die seitige Überstundenfrage zur Sprache. Erob der vielen Arbeitslosen werden in Dresden noch sehr viel Überstunden geleistet, ein Teil bei der Abgabe des halben Überstundenverdienstes sogar noch verzeuget. Der Vorstand wird deshalb streng gegen die Prinzipale und die Geheilen vorgehen, die den gesetzlichen Vorschriften über die Überstunde der 48-Stundenwoche zumiderhandeln. Die vom Vorstande vorgeschlagene Sobannistkette an Arbeitsplätze, Kranke und Junglinge wurde genehmigt. Zur Erhöhung der Lokalzuschläge im Gau sollte „Sobannistkette“ das „Wesentliche“ aus der „Streitsamstimmung“ und der „Zählung des „kleinen“ Tarifausflusses“ sein. Der Dresdner Lokalzuschlag wurde dem höchsten Leipziger nicht gleichgestellt, weil angeblich ein entsprechender Antrag von Dresden fehlte. Demgegenüber stellte Kollege Freitag fest, daß Dresden bei der letzten Streitsamstimmung einen dahingehenden Antrag zur Wiederkehr abgab. Gegen die Nichtberücksichtigung dieses Antrags hat der Vorstand sofort Einspruch beim Geheilensvertreter und beim Tarifamt erhoben. Die Verammlung schloß sich dem Vorgehen des Vorstandes einhellig an.

S. Sönn. (Bezirksversammlung am 7. Mai.) Die nur mäßig besuchte Verammlung nahm einen guten Verlauf. Das Andenken eines verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Sodann gedachte Vorsitzender Janlen des 50jährigen Berufsjubiläums des Kollegen J. Melmer. In scharfen Worten rügte Vorsitzender die schlechte Beteiligung der Köhner Buchdrucker am Demonstrationsszug und verlas einen Antrag an die Handwerkskammer Sönn, worin es u. a. heißt: „Der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker gehören über 90 Proz. der im Deutschen Reich vorhandenen Druckereien an und für diese sind die oben angeführten Staffeln (Lehrhilfsabteilung) sowieso verbindlich. Mit der Verbindlichkeitsklärung durch die Handwerkskammer Sönn sollen diejenigen Buchdruckerbetriebe, die der Tarifgemeinschaft noch nicht angehören, getroffen werden, denn erfahrungsgemäß werden gerade in diesen Betrieben die Lehrlinge höchst mangelhaft ausgebildet und in einer Zahl gehalten, die viele dieser Betriebe zu sogenannten Zahlungsbrüchlingen herabzinsen läßt. Die Handwerkskammer Sönn wolle diesen Betrieben, die meist keine Geheilen beschäftigen, nur das Halbe von einem Lehrlinge gestatten, wenn Garantien für dessen Seranerbildung zu einem tüchtigen Buchdrucker vorhanden sind.“ Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der Angleichung des Arbeitsnachweises an den städtischen unterleiste keine großen Bedenken entgegenstehen. Nach dem gedruckt vorliegenden Kassenberichte wurde dem Kassierer Meinhofs auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Gauvorsitzer Köhner sprach dann über die Streitsamstimmung und über die gewerkschaftliche Lage. Redner war der Ansicht, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein Lohnabbau nicht zugestimmt werden könne, schiederte an Hand reichen Materials die Not der Kollegen im Saargebiet und ebenso das Elend der Arbeitslosen im Reich. Mit großem Interesse folgte die Verammlung den Ausführungen des Referenten über Neuerrechnungen im Gewerbe. Nachdem auch Redner den Verammlungsbericht bemängelt, wurde ihm zum Schluß, welcher Beifall gelpendet. In der Diskussion betonten verschiedene Redner, daß der technischen Entwicklung im Gewerbe leider zu wenig Interesse entgegengebracht werde.

Mannheim. In der Bezirksversammlung am 30. April wurden 25 Kollegen, darunter 24 Neuausgewählte, aufgenommen und vom Vorsitzenden Ubrig bewillkommnet. Unter „Geschäftlichem“ kamen Malfeier, Arbeitsordnung, ein Wettbewerb und unter diesjähriges Johannistfest zur Besprechung. Den hierauf folgenden Bericht über die Kreisamtsfestigung in Stuttgart gab Kollege Goldmann in ausführlicher Weise. Der Artikel des Kollegen Schalles betreffs Erhöhung der Lokalausgänge um höchstens 5 Proz. wurde als hinderlich empfunden und wirkte ebenso hemmend in jeder Beziehung. Kollege Gerberich gab die Abrechnung vom ersten Quartal 1921, und es wurde ihm dafür Entlastung erteilt. Im Kartellbericht kam Kollege Margenau zum Wort, und er wurde mit Kollegen Ubrig in der anschließenden Wahl zum Gewerkschaftskartelldelegierten ernannt. Ferner machte sich die Neuwahl eines Revisors der Bezirkskasse nötig. Unter „Verschiedenem“ kamen noch einige interne Fragen zur Behandlung. Der Besuch der Versammlung war möglich, und es wäre angebracht, wenn die Kollegen etwas mehr Interesse für ihre Gewerkschaft aufbringen würden.

Osnitz i. Erzgeb. In der am 8. Mal für das Osnitz-Lugauer Kohlenrevier und die umliegenden Orte hier abgehaltenen Bezirksversammlung hielt unser neuer Gauvorsitzender, Kollege Dertell (Chemnitz), einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage im Gewerbe“ und berichtete über die letzte Gauvorsitzendenkonferenz und die Sitzungen des Kreisamts in Leipzig. Den interessantesten Ausflügen, die auch den durch Abwesenheit glänzenden Kollegen nicht gelchabel hätten, folgte eine rege, sachliche Aussprache über hauptsächlich die Provinzkollegen betreffende tarifliche und Bezugsangelegenheiten. Auf alle angelegentlichsten Fragen gab Kollege Dertell ausführliche Antworten und beachtenswerte Ratsschläge. Die Abhaltung kleinerer Bezirksversammlungen ist eine mit Freuden zu begrüßende Neuerung, weil dadurch auch den Provinzkollegen mehr Gelegenheit gegeben ist, Wünsche und Beschwerden den zuständigen Vertretern ihrer Interessen persönlich vorzubringen, was in einer großen Bezirksversammlung meistens nicht möglich ist, da der letzte Punkt der Tagesordnung: „Bezugsangelegenheiten“, fast stets wegen anderweitiger Benutzung der Lokale zur größten Eile drängt. Nach fünfknündiger, anregend verlaufener Versammlung trennte man sich mit dem Wunsch, in nicht allzu ferner Zeit in einem andern Orte des Bezirks wieder zusammenzukommen.

Döbeln. Am 7. Mai hielt der Ortsverein Döbeln-Mügelns-Strebels-Dahlen eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab. Nach kurzen begrüßenden Worten des Vorstehenden erfolgte Kollege Freitag (Dresden) einen Bericht über die Kreisamtsfestigung in Leipzig. In kurzen treffenden Worten entrollte er ein Bild über den Verlauf dieser Verhandlungen, durch welche für ungefähr 40 Orte unseres Gaues eine Lohnabesserung erzielt wurde. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Für den am 5. Juni in Dresden, im hiesigen Gaugarten, werden vier Delegierte und ein Erlahmann gewählt. Die Tagesordnung des Gauganges wurde zur Debatte gestellt und über einzelne Punkte eine lebhafte Aussprache geführt. Nach Erledigung einiger beruflicher Differenzen wurde beschlossen, am 26. Juni das diesjährige Johannistfest, bestehend in Konzert, Theater und Ball, im Volkshaus am Alt-Döbeln abzuhalten.

Reichenberg i. B. In den Vorlesungsabenden veranstalteten die Oberlausitzer Buchdrucker gemeinsam mit den nordböhmischen regelmäßige Johannistfeste. Sieben Jahre sind seit dem letzten Johannistfest, das in Zittau stattfand, verfloßen, und heuer wollen die Reichenberger Buchdrucker durch Veranstaltung eines Johannistfestes am 26. Juni wieder Gelegenheit zu einer Zusammenkunft der sächsischen und böhmischen Kollegen bieten. Allerdings wird dasselbe etwas anders durchgeführt werden als die früheren Johannistfeste. Infolge der unruhigeren Verhältnisseverhältnisse in Reichenberg ist nicht ein Gartenfest geplant, sondern es werden die großen Räume der Reichenberger Turnhalle für diesen Tag belegt. Ein sehr abwechslungsreiches Programm ist vorgesehen. Der Festbeitrag beträgt einschließlich Steuer und Festabzeichen 10 Kr. pro Person.

Rosenheim. Am 24. April fand hier eine Bezirksversammlung statt. Diese war besucht von Kollegen aus den Druckorten Ebersberg (1), Messbach (11), Rosenheim (16), Tegernsee (3), Wasserburg (3), Kolbermoor (1). Nicht vertreten waren Eibis, Prien, Alßing, Holzkirchen. Als Gäste waren erschienen Schnepf (Mühlendorf), Gager (Traunstein). Der Bezirksvorsitzende gedachte kurz des Ablebens der um die Arbeiterfrage verdienten Legien und Stautner, ist der klugen Zahl der Kollegen, die für die Tarifgemeinschaft stimmten, Erwähnung und erstattete Bericht über die bislang geleistete Arbeit. Hierbei sei mit Befriedigung zu bestätigen, daß die Entwicklung des Bezirks gut vor sich geht; die Kollegen erfassen die Notwendigkeit solchen Zusammenstufes. Der Vermögensstand betrug am 31. Dezember 1920 256,35 Mk., der Mitgliederstand etwa 65. Sodann referierte Gauvorsitzender Semmerich und gab in prägnant gefassten Sätzen ein klares Spiegelbild über die in unserm Berufs- und Organisationsleben vorherrschenden Zustände. Er berührte dabei die Gauvorsitzendenkonferenz und die Kreisamtsfestigung. Außerst lehrreich war das Kapitel über bereits gedehnte Vorarbeit zur produktiven Erwerbslosenfürsorge im Grapblischen Gewerbe. Im Schlusswort ging Kollege Semmerich auf einige Einwände ein und machte allen Versammelten begreiflich, daß heute jeder einzelne Kollege am Berufs- und Organisationsleben interessiert sein muß, nur dann können wir aus der Misere des zerstörten Wirtschaftszustandes wieder heraus. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Der Bezirksvorsitzende machte die Kollegen auf allerlei Punkte aufmerksam, z. B. Lehrlingshal-

ten der Lehrlinge, Studium des „Korr.“, des Verbands- und Gaustatuts, Tarifs, des Jahresberichts des Gaues und Verbandes, Bücher- und Werkzeugbezug des Bildungsverbände, Verbandsgeschichte, Steuerbarkeit, Bildungsweisen usw. Etliche tarifliche Mißstände nahmen breiten Raum der Aussprache ein. Die nächste Bezirksversammlung soll, sofern nicht außerst wichtiges Material vorliegt, mit Rücksicht auf die Fahrpreisverleuerung nur von Delegierten besetzt werden. Eine Druckausstellung soll später in einer Ausstellung an den verschiedenen Druckorten des Bezirks eine Probe über die Leistungsfähigkeit und zugleich Propaganda für Berufsprodukte abgeben. — Der Bezirksversammlung voraus ging eine Besprechung der Drucker, in der der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins München, Kollege Fellner, referierte und den Kollegen die Verdrängung vieler Buchdruckerarbeiten durch den Offsetdruck vor Augen führte. Am Vorabend fand eine Verbandsjubläumsfeier des Kollegen Brodt (Rosenheim) und ein Gaufest für jüngere Kollegen statt.

Stuttgart. In der J. B. Meißlerischen Buchdruckerei konnte dieser Tage der Druckerkollege Otto Müller aus Kammstatt sein 50jähriges Arbeitsjubläum begehen. Von selten der Geschäftsleitung wie des Gesamtpersonals wurden dem Jubilar die besten Glückwünsche und ansehnliche Geldgeschenke zuteil. Ebenso konnte der Seberkollege Otto Zink aus Bohna auf eine 25jährige Tätigkeit bei obgenannter Firma zurückblicken.

Zwickau. Ehre, dem Ehre gebührt! Diese Worte waren das Leitmotiv der Festversammlung, die die Mittalgesellschaft Zwickau zu Ehren ihres verdienten und bewährten Führers Hermann Kraßer, der 25 Jahre lang ununterbrochen an der Spitze der Mittalgesellschaft steht und seit der Gründung der Bezirksorganisation als deren Vorsitzender amtiert, am 7. Mai veranstaltete. Der äußerst zahlreiche Besuch ließ erkennen, wie hoch das Wirken Kraßers von den Kollegen anerkannt und geschätzt wird. Die Feier selbst wurde von der Gelangabteilung „Eppographia“ durch die wirkungsvolle „Hymne an den Verband“ eingeleitet. Ein von Kollegen M. Sendewitz verfasster Prolog wies in edler Sprache auf die Verdienste des Jubilars hin. Hierauf würdige Kollege Otto Böhm (Chemnitz) in seiner Festrede die opferreiche Tätigkeit und das erprobte Wirken des Jubilars, das so eng mit der Geschichte des Gaues Erzgebirge-Vogtland und des Verbandes verbunden war und ist und überreichte ihm im Namen des Gauverbandes ein Geschenk. Mit empfundenen Worten stufte dann der zweite Vorsitzende E. Bauer dem Jubilar den Dank der Mittalgesellschaft ab. Was Kraßer für den Ortsverein geleistet habe, werde nie untergehen; denn der richtige Mann stand und steht noch am rechten Platz. In einem künstlerisch und prächtig ausgeführten Glückwunsch dankte dem Jubilar die Mittalgesellschaft für seine unermüdete Arbeitsfreude. Die „Sparten“, eine Reihe auswärtiger Mittalgesellschaften, der Vorstand vom Ortsauschuss des UDBB., das Grapblische Kartell sowie Vertreter anderer Gewerkschaften dankten gleichfalls dem Jubilar und brachten die besten Wünsche für seine weitere Tätigkeit zum Ausdruck. Die große Zahl der eingegangenen Telegramme und Glückwünsche legte Zeugnis ab von der Werkschätzung, die der Jubilar überall genießt. Gesangsliche, musikalische und andere künstlerische Darbietungen verklärten noch den Abend. Mit der Feier zugleich fand eine besondere Ehrung der Kollegen Biel, Heinemann, Pöller und A. Schulze statt, die 25 Jahre dem Verband angehören. Auch diese wurden durch die Mittalgesellschaft mit Geschenken ausgezeichnet. Für alle Teilnehmer aber wird die Festversammlung ein Gegenstand angenehmer Erinnerung bleiben.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmensewerte Beispiele. Die Buchdruckerei William Biermann in Aurich bezahlt seit April einen 2 1/2 Proz. höheren Lokalausschlag, also 7 1/2 Proz. Außerdem gewährt sie ihren Beschäftigten eine Sonderzulage bis zu 10 Mk. — Die Firma F. C. Haag in Meile bewilligte einen halben Wochenlohn als Entzugsabgabe an sämtliche Betriebsangehörige.

Protest gegen die Errichtung von Gefängnisdruckereien. Die württembergische Regierung beabsichtigt, im Heilbronner Zellengefängnis eine Druckerei zu errichten. Mit Recht protestierte dagegen die Stuttgarter Kollegschaft in einer Versammlung am 19. Mai. Es wurde in dieser Versammlung darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Regierung wäre, für die Beschäftigung der Arbeitslosen zu sorgen. Statt diese Pflicht zu erfüllen, trage sie noch zu einer Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen bei, indem sie Arbeiter, die selber in Privatbetrieben hergestellt werden sollen, nunmehr durch Strafgefangene herstellen lassen wolle. Bei einigermaßen gutem Willen lasse sich die Beschäftigung dieser Leute auf andre Weise ermöglichen. Aber dies biete die Einführung berufstremder Personen in einen Beruf, dessen Erlernung eine längere Lehrzeit bedinge, bei dem fortgesetzten Wechsel in den Strafankalten an sich so viele Schwierigkeiten, daß an eine Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht zu denken sei. Die Versammlung verlangte, daß an maßgebender Stelle gegen die Errichtung der Druckerei Einspruch erhoben wird. Als viel wichtigere Aufgabe der Regierung wurde die Zusammenlegung der bereits vorhandenen sechs bis acht staatlichen Druckereien, die als Zwergbetriebe ein kümmerliches Dasein fristen, zu einem großen und leistungsfähigen Betrieb betrachtet und gewünscht, daß die Landtagsabgeordneten dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Allgemeiner Buchdruckerstreik in Norwegen. Dem Internationalen Buchdruckerkongress erfahren wir, daß der Seemanns- und Salenarbeiterstreik sich zu einem Generalfeststreik über das ganze Land erweitert hat, in den auch die Buchdrucker eingeschlossen sind. Nach Norwegen werden beinahe alle gern Buchdruckerarbeiten aus Deutschland gesucht. Angebote von dort sind also sehr strikt abzumachen, wie sie sonst mit größerer Vorliebe behandelt werden sollten, weil man Deutsche auszuhebeln versucht gegen die mit den Verhältnissen des Landes naturgemäß besser vertrauten Norweger.

Ausländische Zeitschriften und deutsche Bibliotheken. Nach den auf den Stand vom 1. Dezember 1920 angefertigten Ermittlungen werden in den deutschen öffentlichen Bibliotheken 3394 ausländische Zeitschriften geführt. Im Jahre 1914 waren es rund 6000. Die starke Verringerung ist in erster Linie auf die autorisierende Verringerung unserer Bibliotheken zurückzuführen. Das Auskunfts-bureau der deutschen Bibliotheken in Berlin erlucht, im Falle der Möglichkeit zu weiteren Bestellungen nur ausländische Zeitschriften von höherem wissenschaftlichen Werte oder doch in dem neuen Verzeichnis noch unverteilte zu berücksichtigen.

Folgen der Papierpreispolitik in Deutschland. Nach den über die Geschäftslage im April gemachten Mitteilungen hat der Papiermarkt eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Der Ankaufsmarkt zeigte sich wenig aufnahmefähig. Das Auslandsgeschäft ließ beträchtlich nach. Auch in Pappensorten ließ der Absatz viel zu wünschen übrig. Die Hilfsmaterialien sollen unveränderte Preise gehabt haben, dagegen wurde Altpapier den Fabriken billiger angeboten. Die deutschen Papierfabriken werden mit ihrer traurigen Festhaltung an den Überpreisen noch manches erleben.

Papierpreispolitik in Schweden. Zu wiederholtem Male haben die schwedischen Papierfabriken eine Preisermäßigung einreten lassen, jetzt eine solche um 20 bis 25 Proz. für alle Qualitäten.

Die „Steuerfreiheit“ der Überstunden. Laut Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums sind Überstunden im allgemeinen nur insoweit „steuerfrei“, als der in Frage kommende Betrag zunächst beim Lohnabzug durch den Unternehmer nicht in Ansatz gebracht wird; damit ist aber die Steuerpflicht für diese Einkommensteile nicht vollständig aufgehoben. Denn bei der allgemeinen, für jeden Steuerpflichtigen alljährlich fälligen Steuerveranlagung muß auch das Einkommen aus Überstunden mit angegeben werden. Es handelt sich also nur um eine zeitweilige Freilassung, die aber die Schattenseite in sich hat, daß dafür später Steuernachzahlungen stattfinden müssen, wenn die Einnahmen aus Überstunden länger verbraucht sind. Dazu kommen aber noch andre Schattenseiten dieser vorläufigen Steuererleichterung für Überstunden. Der gegenwärtige Zustand der Freilassung der Vergütungen für Überstunden vom Lohnabzug befreit, ungewissheit, eine klassische Begünstigung der Überstunden und schafft für Unternehmer wie Arbeiter einen Anreiz, sich in möglichst weitem Umfang die Vorteile aus dieser Arbeitsweise zu sichern. So sehr solcher Arbeitsweise auch anzuerkennen ist, so ungerecht ist es aber auf der andern Seite, die Arbeiter, die durch Überstunden ein über den Durchschnitt hinausgehendes Einkommen haben, steuerlich zu begünstigen vor den Arbeitern, die lernen müssen oder sich durch harte Arbeit nur notdürftig erhalten können. Solange es Arbeitslose in so großer Zahl wie heute gibt, sollte der Staat wenigstens, von vorübergehenden Notwendigkeiten wie bei den Bergarbeitern abgesehen, nicht seine Hand dazu bieten, einer ungerechten und unbilligen Arbeitsverteilung förderlich zu sein. Im übrigen hat die Erleichterung bereits geleistet, daß der gegenwärtige Zustand der Lohnabzugsfreiheit der Überstunden vielfach zu Steuerumgehungen benutzt wird. Namentlich in kleineren Betrieben wird zuweilen versucht, einen Teil der Arbeit, obwohl sie innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit von täglich acht Stunden geleistet ist, als Überstundenarbeit darzustellen. Das hat unter Umständen eine verheerende Steuerbelastung der Arbeiter in den kleinen und in den großen Betrieben zur Folge, die nicht getragen werden kann. Auch hat man die Überstundenlöhne auf Kosten der gewöhnlichen Lohnsätze höher angelegt, um so ein möglichst kleines abzugsfähiges Lohnneinkommen zu erhalten. Obwohl derartige Maßnahmen ungewiss sind und die Finanzbehörden nötigen, das gesamte Arbeitsneinkommen bei der Veranlagung steuerlich zu erfassen, zeigen sie doch die Unbilligkeit des bisherigen Zustandes, eines Teils der Überstunden und Sonntagsgarbel vom Steuerabzug freizulassen, andererseits sie aber bei der Veranlagung zur Einkommensteuer heranzuziehen. So wird im Hinblick auf die ungerechte, wie vor allem auf die unsichere Seite der gegenwärtigen Steuerbegünstigung der Entlohnungen für Überstunden, Überstunden und Sonntagsgarbel baldmöglichst, spätestens aber mit dem Inkrafttreten der vereinfachten Bestimmungen über die Besteuerung des Lohn- und Gehaltsneinkommens auch die unterschiedliche Behandlung der einzelnen Arbeitsneinkommen zu befeitigen und der regelmäßige Zustand wieder herzustellen sein.

Verfälschung der Wirtschaftskräfte durch Lohnherabsetzungen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise ist bekanntlich eine Abwärtskrise. Die erzeugten Waren können infolge der geringen Kaufkraft der Bevölkerung, besser gesagt der ungleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Kaufkraft, nicht abgesetzt werden. Es liegt auf der Hand, daß Lohnherabsetzungen die Kaufkraft der Arbeiter vermindern und somit, daß die Abwärtskrise weiter um sich greifen muß, falls die Produktion und damit die Befriedigung der Bedürfnisse nicht bedeutend herabgesetzt wird. Auf diesen Zusammenhang haben wir des öfteren hin-

gewlesen. Es gibt aber auch ein andres Moment in dieser Beziehung. Die Abblästung erfolgt außer Infolge mangelnder Kaufkraft auch wegen der allgemeinen Unfruchtbarkeit. Niemand kauft, falls es nicht unbedingt nötig ist, wenn eine baldige Preisherabsetzung bevorsteht. Die Unternehmer kündigen fortgesetzt neue Lohnherabsetzungen an; demzufolge rechnen die künftigen Käufer mit einer neuen Preisherabsetzung und deswegen halten sie mit ihren Bestellungen zurück. Die Lohnherabsetzung wirkt in diesem Zusammenhang ebenso wie die Schwankungen der Valuta. So leiten z. B. amerikanische Händler die Abblästung auf dem Eisen- und Stahlmarkt aus den zu erwartenden Lohnreduktionen her. Es ist nicht nur der Fall, daß die Einschränkung der Produktion Lohnherabsetzungen, sondern auch umgekehrt, daß Lohnreduktionen die Abblästung und infolgedessen Einschränkung der Produktion zur Folge haben muß. In den Vereinigten Staaten sind die größten Lohnreduktionen vorgenommen worden. Die geringe Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft hat diesen Prozeß erleichtert. Die zentrale Geldorganisation Amerikas, „Federal Reserve Board“, hat sich in den Dienst dieser Bewegung gestellt, indem sie die produktiven Kredite bedeutend eingeschränkt und dadurch die Lohnherabsetzungen gefördert hat. In ihrem letzten Bericht für den Monat April geht sie offen, daß die Kreditbeschränkungen diese von ihr gewünschte Wirkung hatten. Als Vorwand zu der Kreditbeschränkung dient das Bestreben, eine „Deflation“ (Verminderung des Umlaufumsatzes) herbeizuführen, eine Maßnahme, welche in den Vereinigten Staaten am wenigsten not tut, da dort der Umlauf im Verhältnis zur Volksvermehrung und den allgemeinen Preiserhöhungen nicht geliegen ist. Nur die vermeintlichen Interessen der Aktionäre erscheinen die Einschränkung der produktiven Kredite, die Angst nämlich, daß die mit Hilfe der Kredite bereitgestellten Waren nicht abgesetzt und somit die Kredite nicht zurückzufallen werden könnten.

Verchiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Steinbrucker.“ Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage „Graphische Tierkünden“; vereinigt mit dem „Journal für Buchdrucker-Kunst“. Herausgeber Ernst Böhm, in Berlin W 57, Dammstraße 19, April 1921, 7. Heft, 27. Jahrgang, Preis 6,50 Mk. Preis vierteljährlich 15 Mk., einschließlich des Weihnachtsbuches 60 Mk. jährlich.

„Schulmitteilungen der Städtischen Fachschule für Buchdrucker in München.“ Heft 2, 7. Jahrgang.

Der „Schwäbische Buchdrucker.“ Ein Lehr- und Leitfaden für die lutherischen Buchdrucker. Herausgegeben von der Buchdrucker-Vereinigung in der württembergischen Staatlichen Kunstgewerbeschule in Stuttgart. Heft 1. Eine kleine, aber prächtige Sammlung vornehmer Druckarbeiten als Vorlagematerial für jeden strebsamen Gelehrten oder Drucker. Vorausschicklich wird alle zwei Monate ein Heft erscheinen. Der Jahrgang kostet 9 Mk. Bestellungen sind an den Verlag Hugo Matthes in Stuttgart, Marienstraße 11, zu richten.

Briefkasten

A. Z. in M.: Gedulden Sie sich einige Zeit; es läßt sich das sehr nicht so schnell machen. — Th. B. in M.: Allerdings sehr widersprüchlich und unlogisch. — G. C. in M.: Aber Lebenszeichen lehr gefreut. Hoffentlich klappt nun alles. Vom 1. Mai an ist nachsendung erfolgt. — O. M. in V.: Ja! — St. G. in S.: Der betreffende Postschick ging erst am 23. Mai hier ein; das General konnte also nicht früher erscheinen. — B. S. in B.: Wird wünschgemäß erledigt!

Berbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissoplatz 511.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Sannover. (Maschinenlehrevereinigung im Gau.) Vorsitzender: Wilhelm Danner, Bismarckstraße 13.
 Wiesbaden. Vorsitzender: Friedrich Schulze, Olgrube 13 I; Kassierer: Fritz Berman, Dampfwerk 3. Die Ausgabe sämtlicher Mitteilungen findet Sonnabends von 2 Uhr ab statt.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse.)
 Im Gau Hamburg-Mittelelbe der Gelehrte Ernst Benning, geb. in Wandsbek 1877, ausgeh. in Hamburg 1895; 2 Alfred Eudon, geb. in Hamburg 1899, ausgeh. d. 1918; 3 Otto Hoffberg, geb. in Berlin 1875, ausgeh. d. 1893; 4 Der Stereotypenbauer Paul Gleditsch, geb. in Göttingen 1896, ausgeh. in Hamburg 1915; waren schon Mitglieder. — Fr. Rungler in Hamburg, Belsenbühl 57 II.
 Im Gau Mittelrhein 1. der Faktor Charles Tramer, geb. in Paris 1888, ausgeh. in Wehr (Kreis Werra) in Baden 1907; war schon Mitglied; 2. der Maschinenführer Hermann Imfling, geb. in Kloppeburg 1894, ausgeh. in Werra 1913; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Conrad in Mannheim, U 2, 9.
 Im Gau Westfalen der Gelehrte Adolf Truber, geb. in Meiningen bei Göttingen 1892, ausgeh. in Göttingen; war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Heußelstraße 54.

Veranstaltungskalender

Leipzig. Maschinenlehrevereinigung Sonntag, den 5. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Volksbau“, Zelter Straße 32.
 Merseburg. Verammlung Sonnabend, den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Preußischen Adler“.

Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker

Tarifkreis VI (Württemberg)
 Bekannmachung
 betreffend Beitragszahlung für die tariflichen Institutionen des Kreises VI
 Zur Deckung der geschuldeten für die tariflichen Institutionen des Kreises VI im Geschäftsjahr 1920 entfallenden Steuern werden die tarifkreise hiermit aufgefordert, einen Beitrag von je 1 Mk. bis spätestens 15. Juni d. J. an den Unterzeichneten abzugeben. Für die organisierten Beiliegenden wird der Beitrag durch die Organisationsstellen eintrichlich; alle übrigen tarifkreise durch ihren Beitrag druckereiwelse gemeldet und unter namentlicher Aufzeichnung der Beitragszahlenden an den Unterzeichneten abzugeben. Tarifkreise, die diesen Beitrag nicht zahlen, werden von der Behebung der tariflichen Institutionen ausgeschlossen.
 Halle a. d. S., 27. Mai 1921.
 Hl. Klausstraße 7 I.
 Hugo König stellvertretender für den VI. Tarifkreis.

KUNDEN-KÖNIG IM URTEIL DER KOLLEGEN

In der Ferienzeit habe ich mir durch das Lesen des „Kunden-König“ einen besonderen Genuß bereitet. Jugenderinnerungen sind erwacht und auch das Verlangen, hinauszuzwandern in Wald und Flur. — „Kunden-König“ brachte es fertig, daß ich für einige Tage dem Leben und Treiben der Großstadt entflohe. O.W. (Berlin)

Der „Kunden-König“ ist zum Preise von 7 Mark zu beziehen vom VERLAG DES BILDUNGSVERBANDES DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER / G. M. B. H. / LEIPZIG / SALOMONSTR. 8
 Postfachkonto Nr. 53430 / Fernsprecher Nr. 18769

2 junge Akzidenzsetzer

24jährig, mit allen vor kommenden Arbeitern vertraut, suchen sich zu verändern. Gest. Angebote mit Lohnangabe an Erich Kluge, Berlin O 34, Memeler Str. 79.

Erfahrener Linotypsetzer

für Zweibuchstabenmaschine in dauernde, über Minimum bezahlte Konditionen möglich bald gesucht. Es kommen nur Herren mit mehrjähriger Praxis in Frage. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an 462] „Wummersbacher Zeitung“, Wummersbach (Rhd.).

Typographsetzer

junger, lediger, findet Stellung. J. G. Weltsche Buchdruckerei, München, Lieberrstraße 5.

Wir suchen einen Maschinenmeister

der nachweislich Routine im ein- und mehrfarbigen Akzidenzdruck besitzt und Autotypen sauber zu drucken versteht. Schriftliche Angebote mit Lohnforderung an Bruhn & Dieb, Altona, Wahrenfelder Straße 71/73.

HÖHERFRÄSER KOMPLETTGIESSER

für System Küstermann in dauernde Stellung gesucht
 Ein Schriftgöberlehrer wird noch eingestellt

SCHRIFTGIESSEREI
 LUDWIG WAGNER, LEIPZIG, GABELSBERGERSTR. 1a

Außer Konvention

Walzenguß, prima Qualität, preiswert; desgl. Walzenmasse, nur beste Ware, billigst. 445
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Dresdener Walzengußanstalt, G. m. b. H., Dresden-N. 6.

Junger, strebsamer **Schiffseher** bewandert in gutem Ansehen, wie Taubellen, auch erfahren in der Glasstereotypie, sucht sofort oder bis zum 15. Juni, Konditionen, Berlin oder andere Orte.
 Angebote unter B. 483 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein gewissenhafter **Typographsetzer** (Modell B) gesucht. Tüchtige Maschinenkenntnisse erforderlich. Geistliche Verbindung. Angehöte an 495
 Gerh. Müller, Buchdruckerei, Brinkum bei Bremen.

Für meine in Aufstellung begriffene Monotypenpresse, bestehend aus drei Teil- und zwei Gleitmaschinen, suche ich **einen Monotypsetzer** der flott und korrekt setzen kann und mit Rahmenbau und Reparaturen vertraut ist (Modell C), und 1585

einen Monotypsetzer. Da es sich um eine selbständige Stellung handelt, ist genaues Kenntnis der Maschine und deren Behandlung sowie die Fähigkeit, Störungen schnell und sicher zu beheben, Voraussetzung. Es kann nur eine Kraft berücksichtigt werden, die ihre Eignung für diesen Posten durch entsprechende Zeugnisse nachweisen kann. Ferner suche ich für meine ebenfalls in Aufstellung begriffene Stereotypanlage **einen Stereotypsetzer** der alle vor kommenden Arbeiten selbstständig erledigt. Bewerbungen zunächst nur schriftlich erbeten.
 Dr. Axel Sanderstraße, Leipzig, Querstraße 17.

Flithograph oder Graveur der Galvanos und Abzüge nachschneiden kann und zuverlässiges Arbeiten gewöhnt ist, findet dauernde Stellung. 488
 Dr. v. Böbecke & Co., Graphische Anstalt, Erfurt.

Erfahrener Werkmüller einer **Galvanoplastik** und Stereotypenanstalt, Oesterreicher, Ende 40er, derselbe war auch lange Jahre Faktor einer größeren Hausdruckschreiberei, wünscht früher oder später in Schriftschreiberei oder Maschinenbau **leitende Stellung**
 Gest. Angebote unter A. H. 487 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtiger **Galvanoplastiker** sofort gesucht, lediger muß in allen vor kommenden Arbeiten gut bewandert sein. 431
 Wacker & Mähling, Maschinenfabrik, Wuppertal, Solingen.

Tüchtiger **Stempelschneider** für Stahl- und Zugschnitt sucht 492
 Schriftsetzer E. Klobner, Leipzig, Wierderstraße 57.

Tüchtiger **Komplettsetzer u. Zusetzer** für dauernde Beschäftigung gesucht. Schriftsetzer Ludwig & Mayer, Frankfurt a. M. 352
 Wo kann sich in Leipzig verbeirateter Gelehrter am Typograph ausbilden? Rufliche Kenntnisse vorhanden. Angebote unter Nr. 491 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Berein Leipziger Buchdruckmaschinenmeister Allen Vereinen und Körperchaften, die anlässlich des 25jährigen Bestehens den Verein mit Aufmerksamkeiten bedachten, hierdurch 489

herzlichen Dank Die Gesellschaft „Werden und Wirken des Vereins Leipziger Buchdruckmaschinenmeister“ wird an Interessenten zum Preise von 1,50 Mk. (inkl. Porto) abgegeben. Bestellungen sind zu richten an Adolf Baufeld, Leipzig-Göbelsitz, Eichhaldstraße 15 II.

Diese Preise noch kurze Zeit gültig! **Jules Bernes Werke** 25 verschied. Bände, gebest für 125 Mk. Abzahlung 12,50 Mk. monatlich

Dumas Weltromane 9 Bände elegant gebunden 180 Mk. Graf v. Monte Christo — Toland — 3 Mischelere — 20 Jahre nachher — 10 Jahre später — Der Herr der Welt — Halsband d. Königin — Joseph Balsamo — Kamellendame 493
 Abzahlung 18 Mk. monatlich. G. S. Otto & Co., Berlin-Nichtersfeld.
 Bei Arbeitsmarkt- sowie Kleinrenten Anzeigen wollen Interessenten den Portoerparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark-Briefmarken kein Stadtnotegeld. Geschäftsstelle des „Storr.“

Zahzahle 37,50 Mk. monatl. und bestelle bei der Firma G. S. Otto & Co., Berlin-Nichtersfeld **eine Klassikerbibliothek** 25 gut geb. Bde. für 375 Mk. Angenebner 4 Bde., Chamisso 1 Bd., Faust 2 Bde., Heine 1 Bd., Heine 2 Bde., Renan 1 Bd., Goethe 4 Bde., Büchert 3 Bde., Schiller 4 Bde., Schopenhauer 4 Bde. 494
 (Anzeige bei Bestellung einfinden.)

Notationsmaschinenmesser 122
 Ludwig Meißner, Düsseldorf, Postfach 7.

Segregale und Kästen sowie Formulare, Segregale, Maschinelle, Kasten, Farbverwechslung, Galbretter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager. 14
 Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Leiffaden zum Ausbau der Jurischung in allen Druckarten auf Schneidpresse u. Zieg. geb. polst. 3,70 Mk. 15. Einleitung des Universitäts-Bogenschnitters auf alle Papierarten, polst. 2,70 Mk. b. Vereinf. 14
Werkzeuge siehe polst. 14
 M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9.

Maschinenband 13
 Friedensqualität, liefern Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Winkelhaken 14
 Geschäfte, Schloßzeuge liefert K. Egel, München 9.



Geschonkartikel aller Art.
Teilzahlung Uhren, Schmuckwaren, Lederwaren, Rasierartikel, Photoartikel, Musikinstrumente und Grammophone. Kataloge umsonst, postalisch liefern. 14
 Jonsack & Co., Berlin A. 407, Ballo-Alliance-Straße 7-10.

Don den während der „Wagner“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem **Verbandsmonument** 14
 ist noch ein kleiner Posten zum Preise von 15 Pf. für zwei Stück (Preis- und Preisdruck) abgegeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 15 Pf.).
 Wegen Fortsetzung des Betrages auf unser Postfachkonto, Leipzig Nr. 61323, zu beziehen von Geschäftsstelle des „Storr.“
 Einzahlungen an den „Storr“ (Posten) für Deutschlands Buchdrucker auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61323